

Die „Weltmacht“  
erschint täglich Nachmittags außer  
Sonntag und ist durch die  
Expedition, Neue Gravenstr. 5/6,  
durch die Post und  
durch Colporteurs zu beziehen.  
Preis vierteljährlich M. 2.50,  
pro Stück 80 Pf.  
Gesellschafts-Nr. 776.

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkschätzbare Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Infektionsgefahr  
Beträgt für die einseitige  
Verteilung oder deren Raum  
20 Pfennige, für Verteilung und  
Bersammlung 10 Pfennige.  
Inserate für die nächste Nummer  
müssen bis Donnerstag 10 Uhr in der  
Expedition abgegeben werden.

Telephon  
Nr. 451.

Telephon  
Nr. 451.

Nr. 242.

Montag, den 16. Oktober 1899.

10. Jahrgang.

## Politische Uebersicht.

### Der sozialdemokratische Parteitag

In Hannover hat nach einwöchentlichen Tagen am Sonnabend seine Arbeit beendet. Keine Versammlung irgend einer Partei Deutschlands hat so sehr die Aufmerksamkeit aller politischen Kreise in Anspruch genommen, wie der diesjährige Parteitag der deutschen Sozialdemokratie. Und das mit vollem Rechte. Keine Partei nimmt so sehr das öffentliche Interesse in Anspruch, wie unsere Partei, und keine Partei ist gleich der anderen im Stande, in solcher unbeschränkter Offenheit und, sagen wir es ohne befürchten zu müssen, der Selbstüberhebung beschuldigt zu werden, mit solchem Eifer, solcher Gründlichkeit und solcher Begeisterung sowohl die wissenschaftlichen Grundlagen der Parteibestrebungen wie die wichtigsten Fragen der Politik der Partei zu erörtern. Das müssen auch die Gegner anerkennen. Man sieht diese widerwillige Anerkennung auch unter allerlei hässlichen Spottreden über die oft scharfen Wortgefechte auf dem sozialdemokratischen Parteitag zu vernehmen.

Nicht nur aus diesem Grunde blicken wir mit Befriedigung auf unseren diesjährigen Parteitag. Nein, er hat auch nach anderer Richtung hin, ja, wir möchten sagen, fast nach jeder Richtung hin gehalten, was wir von ihm erhofft hatten. Das ist nicht zu der von den Gegnern schließlich erwarteten Spaltung der Partei über die aufgeworfenen prinzipiellen und tatsächlichen Streitfragen kommen würde, war jedem mit den inneren Verhältnissen unserer Partei einigermaßen Vertrauten selbstverständlich. Das es zu sehr scharfen Auseinandersetzungen kommen würde, war ebenfalls sicher. Die sozialdemokratische Partei folgt eben nicht, wie es je nach ihren verschiedenen Zwecken die Gegner so gern glauben machen wollen, in richtigem Kadavergehorsam einzelnen Führern und ist ebensowenig eine uniforme Masse. In keiner Partei kommt die Individualität der einzelnen führenden Personen der Geschlossenheit der politischen Aktion unserer Partei mehr zum Ausdruck, als in der sozialdemokratischen Partei, und nirgendwo ist der Masse der Parteimitglieder ein so starker Einfluss auf Geschick und Gestaltung der Partei gegeben, wie eben bei uns.

So sind denn naturgemäß die Geister heftig aufeinandergeprallt in Hannover, heftiger vielleicht, als auf irgend einem vorhergehenden Parteitag. „Es ist, sagt der „Vorwärts“, das erste Mal seit dem Osthaer Einigungskongress von 1875, daß die Grundlage unseres Programms unter der Anteilnahme der gesamten Partei umfassend und gründlich besprochen worden ist. Als in Halle nach dem Fall des Sozialistengesetzes die Aufstellung eines neuen Programms beschlossen wurde und als dieser Beschluß in Erfurt 1891 zur Ausführung gelangte, da waren nur wenige Köpfe der Theorie an dem Parteitag beteiligt, das ohne jede größere öffentliche Diskussion mit einer schnellen Kommissionsberatung hervorgegangen. Jetzt erleben wir eine wahrhaft große Debatte durch vier Tage lang eifrigster Beteiligung der ganzen Partei. So ist noch in keiner Partei je über wissenschaftliche Fragen diskutiert worden. So ist auch in unserer Partei noch nie über die Grundlagen unseres Programms und unserer gesamten Stellungnahme im öffentlichen Leben diskutiert worden. Schon diese Thatsache, daß ein solches Parlament des ernstesten Ringens um wissenschaftliche Wahrheit aus der Tiefe der gedrückten Menschheit erwachsen ist, muß, so dürfen wir frei von Selbstüberhebung sagen, als ein

erhebender Beweis gelten, daß es ein Aufwärts giebt in der menschlichen Kulturentwicklung!

Und das Resultat dieses imponirenden Ringens im geistigen Kampfe? Wir dürfen damit gewiß zufrieden sein und zwar im doppelten Sinne, das heißt einmal als Sozialdemokraten, und dann auch als Freunde jener besonders in tatsächlichen Fragen gemäßigten Anschauungen, die von Heißspornen in der Partei gern als „opportunistisch“ dargestellt werden. „Regerrichter“, „scharfe Maßregeln“ gegen die „Vernünftler“ konnten ja von unserem Parteitage überhaupt nicht erwartet werden. Die Resolution Debel aber, die fast einstimmig zur Annahme kam, trägt den Bedürfnissen nach Bewegungsfreiheit innerhalb der Partei in so hohem Maße Rechnung, und zwar insoweit prinzipielle Meinungsverschiedenheiten sowohl wie praktische Thätigkeit im Interesse unserer großen Bewegung in Betracht kommen, daß jeder Genosse — einerlei ob er „radikal“ oder „opportunistisch“ gerichtet sein mag — damit zufrieden sein und damit auskommen kann. Darüber aber steht — und das wiederum unerschütterlich festgesetzt zu haben, ist ein großes Verdienst des Parteitages in Hannover — das allen Sozialdemokraten heilige, ideale Ziel der Befreiung jeglicher Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, der Herstellung einer klassenlosen Gesellschaft, deren Grundlage die soziale Gleichberechtigung aller und deren Prinzip die höchstmögliche Entfaltung aller menschlichen Fähigkeiten und Talente ist, wie treffend unser Zentralorgan in seiner Würdigung des Parteitages sagt. „Dieses Ziel, dieser freiheitliche Sozialismus ist in der That uns allen das Leitmotiv unseres Wirkens, wie es zugleich die Quelle ist, aus der uns stets von Neuem die Kraft des Kampfes zufließt.“

Gewiß unterwerfen wir die Grundlagen unseres Strebens stets von neuem einer scharfen, einer unerbittlichen kritischen Prüfung. Und eben so gewiß muß es bei solchen Prüfungen heftige Meinungskämpfe innerhalb der Partei und zwischen den geistig bedeutendsten Personen in der Partei geben. Das aber ist nicht ein Zeichen der beginnenden Schwäche, des Zerfalls, der Spaltung der Partei, wie die Gegner in süßer Selbsttäuschung so gern fasseln, sondern es ist im graden Gegenteil der untrügliche Beweis großer innerer Kraft und das sichere Anzeichen einer zu neuen größeren Kräfte führenden gesunden Weiterentwicklung. Und so dürfen die deutschen Klassenbewußten Arbeiter mit stolzer Freude auf die Verhandlungen ihres Parlaments in Hannover zurück schauen, sicher in dem Bewußtsein, daß die sozialdemokratische Partei Deutschlands an innerer Kraft ebenso gewachsen ist, wie sie an äußerer Größe stetig zunimmt!

### Das „Ende“ der Krise.

Ein Berichterstatter, der vorzugsweise aus konservativen Quellen schöpft, schreibt der „Post“ unter der ausdrücklichen Mittheilung, daß seine Angaben „offiziös“ seien, die Regierungskrise sei erst in diesen Tagen entschieden worden. Er fährt fort:

„Der Kaiser hat sich nach seiner Rückkehr über die Zusammenlegung des Staatsministeriums schlüssig gemacht und vor allem das eingetragene Entlassungsgesuch des Vizepräsidenten des Staatsministeriums Dr. v. Miquel abschlägig beschieden. Die Verdienste, die sich dieser Staatsmann namentlich um die Regelung der preussischen Finanzen erworben hat, werden zu diesem Entschlusse beigetragen haben. Die Angelegenheit Zedlig konnte Dr. v. Miquel nicht zur Last gelegt werden, weil er wirklich Herr v. Zedlig wiederholt

in Begrenzung zu Dr. v. Miquel gestanden hat und durchaus nicht sich dessen Beeinflussung im Wege.“

Sein Name ist Miquel, er weiß v. i. nichts! Einzig und allein die Legation ist an allem schuld!

Das gute Herz des Herrn v. Miquel, das nach gewissen Zwischentragereien in dem Kanalhandel eine doppelte Buchführung sich zugelegt haben soll, liegt nun wieder in strahlender Reinheit allen loyalen Blicken offen. Die Kritik hat also wieder einmal gar nicht existiert. In der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ wird offiziös versichert, daß nach ihren „zuverlässigen Informationen über die schwebenden Fragen unserer inneren Politik Meinungsverschiedenheiten im Schooße des Staatsministeriums überhaupt nicht bestehen“. Herr von Miquel kann also wieder unentwegt für den Kanal kämpfen.

Freiherr von Zedlig, dessen offizieller Rücktritt als Präsident der Seehandlung erst am 1. Januar erfolgt, hat bis zu diesem Termin Urlaub erhalten.

### Die Chinesen kommen!

In der „Allg. Ztg.“ erschien vor einiger Zeit ein Artikel, in welchem die Tugenden der Kulis über das Böhmenlied gelobt und die Einführung von chinesischen Diensthoten empfohlen wurde. Die Anregung des württembergischen Unternehmernorgans, das sonst nicht genug die „nationale Idee“ feiern kann, hat bereits Früchte getragen; im „Deutschen Blatt“ findet sich nachstehendes Inserat:

„Chinesische Diensthoten.  
Ein Großindustrieller, welcher geneigt ist, den in der „Allg. Zeitung“ vom 1. Oktober Nr. 771 besprochenen Versuch zu machen, und selbst 5—6 junge Chinesen gebrauchen möchte, sucht Standesgenossen, welche sich an diesem Versuch beteiligen wollen, so daß eine größere Anzahl junger Chinesen importirt werden kann.“

Mit den Diensthoten wird der Anfang gemacht; natürlich werden sich diese bewähren, sind viel arbeitssamer, zufriedener, billiger und williger, als die Deutschen. Manche Kalamität wäre im Judenthume gelöst; die Diensthotenfrage, die Deutenoth. Die Kulis würden weder eine Diensthoten-Bewegung machen noch je die Erringung des Koalitionsrechts oder die Befestigung der Gefinde-Ordnung anstreben. Das, was deutsche Kraut- und Schlotbarone sich als das Ideal eines Arbeiters vorstellen, wird erreicht — ein Arbeitsthier.

Die Sache ist in der That sehr ernst zu nehmen und es gilt — so lange solcher Kuli-Import zwecks Lohndruck und Kulturerniedrigung benutzt werden soll — dem ersten Versuch energig entgegenzutreten. Die Regierung hat die Pflicht im Interesse der deutschen Arbeiterschaft, im Interesse der Kultur, dem Eindringen jener asiatischen billigen Arbeitskraft zu wehren. Wenn sie, so ist hier der „Schutz der nationalen Arbeit“ am Platze.

### Aus Köller's Reich.

In Folge der durch die Ausweisungen hervorgerufenen „Deutenoth“ sind im nördlichen Schleswig die Löhne um mindestens 20 pCt. gestiegen. Melkmägde verlangten 300 ja 400 Mk. und freie Abende. Es sind nach „Südbald“ im letzten Jahre 5—600 Diensthoten ausgewiesen worden, der Zuzug ist ausgeblieben und zum 1. November zieht eine ganze Menge dänischer Diensthoten freiwillig in die Heimat. Der Lönbergsche landwirtschaftliche Verein beschloß deshalb in seiner letzten Versammlung, eine Stellenvermittlung für Gefinde und Arbeiter einzurichten.

## Exzellenz Rougon.

Roman von Emile Zola.  
Deutsch von Kurt Baake.

Auf dem rothen Teppich war die Sonne vorgezogen und mit einem Winkel hellen Lichtes gerade dorthin auf den Boden, wo die Kerze noch immer brannte. Ganz blaß die sich flammte in der Sonnengluth aus.  
Zwischen war ein vertrauliches Gespräch in Gang gekommen. Rougon schnürte wieder Briefpakete zusammen und dabei, daß Politik eigentlich gar nicht seine Sache war, Er lächelte harmlos und wie müde senkten sich die Augen über seine flammenden Augen. Seine Luft wäre es gewesen, weite Landflächen zu kultiviren, Felder unter den Füßen zu nehmen und ganz nach seinem Willen zu bepflanzen. Rougon wurde als absoluter König zu schalten und zu walten. Er erzählte, daß es für ihn in den Tagen, wo er noch als bedeutender Provinzabbebot in Plassans lebte, kein größeres Vergnügen gegeben hätte, als in der Jagdblause hinauszu- und tagelang in den Schuchten der Seille herumzu- und Adler zu schießen. Er sei ein Bauer, sagte er, Rougon habe noch die Scholle bebaut. Dann spielte er den Ueberläufer: die Macht langweilt ihn; er wolle den Sommer auf dem Lande verbringen; so wohl wie heute habe er noch nie gefühlt. Dabei rüttelte er seine gewaltigen Schultern so kräftig, als hätte er eben eine Last abgeworfen.  
„Was hatten Sie denn als Konseilspräsident?“ fragte Herr Rahm. „80,000 Franken!“  
Er nickte zustimmend.  
„So bleiben Ihnen jetzt noch die 80,000 Fr., die Sie dem Kaiser bekommen?“

Was lag ihm daran! Er konnte mit sehr wenig auskommen, er hatte kein Kasser. Das stimmte: er war weder Spieler, Don Juan, noch Gourmand. Vollkommen unabhängig zu sein, war sein ganzer Traum. Immer wieder kam er auf den Gedanken zurück, ein Gut zu bewirtschaften und Herr über die Thiere zu sein. Eine Weisheit zu haben und zu befehlen, der Erste, der Klügste, der Stärkste zu sein, das war sein Ideal. Allmählich wurde er lebhafter und sprach von Menschen, als wenn es Thiere wären. Die Massen mühten den Stock aber sich fühlen, wenn ihnen wohl sein sollte, meinte er, so trieben ja auch die Hirten ihre Heerden nur durch Steinwürfe weiter. Er wurde ein anderer, als vorhin: seine dicken Lippen schwellen auf vor Verachtung, sein ganzes Gesicht schätzte sich förmlich Kraft aus. In der geballten Faust hielt er ein Altentündel und es schien nicht viel daran zu fehlen, so warf er es Herrn Rahm und Herrn Du Poizat an den Kopf, die seinen Wuthausfall mit unruhigen und ängstlichen Blicken verfolgten.  
„Ja, der Kaiser hat bitteres Unrecht gethan“, sagte Du Poizat leise.  
Da wurde Rougon mit einem Male ruhig. Sein Gesicht wurde grau, wie zuvor und sein Körper sank träge zurück und gehörte wieder einem schwermüthigen, fettleibigen Manne. Er begann den Kaiser übertrieben zu loben: er sei eine mächtige Intelligenz, ein Geist von phänomenaler Tiefe. Du Poizat und Herr Rahm wechselten einen raschen Blick, aber Rougon überbot sich immer mehr, betheuerte seine Ergebenheit und sprach in großer Demuth davon, daß er stets stolz darauf gewesen sei, nur ein einfaches Werkzeug in den Händen Napoleons des Dritten zu sein. Dies Gerede wurde schließlich Herrn Du Poizat zu arg, der sein Temperament schließlich im Zaume halten konnte. Sie tritten sich festig herum. In bitteren Worten sprach Du Poizat von all dem, was Rougon und er für das Kaiserthum in den Jahren 1848

bis 1851 gethan hätten, als sie noch bei Frau Melanie Correux wohnen und hungerten. Er erzählte, wie schlecht es ihnen besonders im ersten Jahre gegangen sei, wo sie tagelang im Schmutz von Paris herumgewatet seien, um Parteigenossen zu werden. Zwanzigmal hätten sie später noch ihr Fell zu Marle getragen. Wer hatte sich am Morgen des 2. Dezember (Tag des Staatsstreiches) an die Spitze eines Minierregiments gestellt und das Palais Bourbon besetzt? Rougon war es! Und das Spiel ging damals um Kopf und Kragen! Heute wurde er ohne weiteres preisgegeben, fiel er als Opfer göttlicher Rabale. Allein Rougon widersprach ihm: er sei durchaus nicht geopfert worden, er trete aus rein persönlichen Gründen zurück. Aber Du Poizat war einmal im Zuge und nannte die Männer der Zivilisten „Schweinefelle“. Da hieb Rougon mit der Faust auf den Polster und schrie, daß es trachte, hieß ihn Schweigen und sagte kurz:  
„Haben Sie nicht solche Dummeitungen!“  
„Sie gehen auch wirklich ein bisschen zu weit“, flüsterte Herr Rahm. Delestant stand blaß wie eine Leiche hinter den Sesseln. Er öffnete vorsichtig die Thür und sah nach, ob auch niemand etwas gehört hätte. Aber im Vorzimmer sah er nur den Schattenriß von Merics hoher Gestalt, die sich umgedreht hatte, und deren Rücken höchst distret aus sah. Du Poizat war bei Rougons Wort erröthet, er schrie müthert und laute verdrießlich an seiner Zigarette.  
„Gewiß, die Umgebung des Kaisers taugt nichts“, sagte Rougon nach einer Pause. „Ich habe mir auch erlaubt, ihm das offen zu sagen, und er hat dazu gelächelt. Er hat selbst ja Herzen gerührt und gemeint: meine Umgebung sei auch nicht mehr werth, als seine.“  
Du Poizat und Herr Rahm lächelten gezwungen; sie fanden die Bemerkung sehr zeit.

(Fortsetzung folgt.)



„Eigentliche Arbeiter-Zeitung“ thut. Unser Parteitag stellt die Vertretung der größten politischen Partei Deutschlands dar, die im Spiel und Verschwenker aber, die im Moabitler Justizgarten, offenbaren allerdings sehr charakteristische Krankheitserscheinungen am sozialen Körper, bedenkliche Auswüchse unserer bestehenden Klasse, die Welt aber eben so wenig die Vertreter der bestehenden Klassen, die Vertretung der in dieser Klasse noch vorliegenden geistigen und moralischen Kräfte und Fähigkeiten, wie das die Kampfpromotoren der großen Städte für die arbeitende Klasse sind. Schon im Interesse der Würde unseres Parteitagstages war daher die von unserem Dresdener Parteitag beliebte Gegenüberstellung von Parteitag und „Harmlosen“ sehr unglücklich zu entscheiden.

**Der „Klub der Harmlosen“.**

Der Zeuge ist in der Sonnabend-Sitzung der v. Neumann, der längere Zeit in den Spielereckeln verkehrt hat und eines Abends bei hoch mit Angeklagten v. Kayser in ein ziemlich wildes Spiel gekommen ist. Als der Wirth Neumann gebot, hat Angeklagte v. Kayser den Vorschlag gemacht, in dem Zimmer im Hotel Bristol, weiter zu spielen. Das ist dann geschah, und das Spiel - Was-Tournaute - hat bis zum Morgen gedauert. Zeuge hatte schließlich 12600 Mk. an Angeklagten gewonnen, von denen er bisher nur 2000 Mk. bezahlt bekommen hat; über den Rest von 10600 Mk. zwischen dem Zeugen und dem Angeklagten ein ziemlich heftiger Streit abgehandelt, der auf Antrag des Angeklagten gegen den Protokoll des Verteidigers, Rechtsanwalts Schachtel, verlesen wird. - Der Oberstaatsanwalt hat den Sachverständigen konstatiert, daß zu dem Spiel Tournaute - eine große Ueberlegung gehöre und stellt der Angeklagte gerade in jener Zeit seiner Verheiratung, ein Brillantschmuck im Werte von 500 Mk. veräußert gemacht habe. - Es kommt dann wieder zu dem schon erwähnten Auseinandersetzung zwischen dem Oberstaatsanwalt, Verteidiger Rechtsanwalts Schachtel, die Angeklagte führt, daß auf Antrag des Oberstaatsanwalts die Vernehmung des Verteidigers, die etwa dahin ginge, der Angeklagte suche den Zeugen einseitig zu beeinflussen, nicht statt aufgenommen wird. - Der Zeuge hat auch mit dem Angeklagten v. Kröcher gespielt und am Abend an denselben circa 8000 Mark verloren. - Auf Antrag des Oberstaatsanwaltes wird auch diesem das Protokoll über seine Aussage in der Voruntersuchung und damit festgestellt, daß auch er früher sehr befaßt mit den Angeklagten ausgesagt, und damit ebenfalls zu demselben auf Verhaftung derselben beigetragen hat. - Der Zeuge hat auch Sello befragt hierauf die Verlesung sämtlicher Aussagen über die Zeugenauslagen in der Voruntersuchung in der schon vernommenen Zeugen, um festzustellen, in welchem von den jetzigen Aussagen abweichen. Er sei sich bewußt, daß damit die Dauer des gegenwärtigen Prozesses zehn bis 12 Wochen hinausgeschoben wird, er sei auf diesem Antrag bestehen, um in der Verteidigung die Staatsanwaltschaft zu kommen. - Der Angeklagte und die übrigen Verteidiger erklären, daß sie diesem nicht beitreten können. - Es wird vom Gerichtshof über den Antrag am Montag Bescheid zu fassen, um noch einmal die sämtlichen Zeugen vorladen zu können. - Der Zeuge wird der Rechtsanwalts Bronker-Berlin als Zeuge genommen, der bis zur Flucht Wolffs dessen gerichtlicher Beirath die sensationelle Erklärung abgab, daß Wolff sich dem Protokoll der Verhandlung des gegenwärtigen Verfahrens stellen Einzelnen befindet der Zeuge u. A., daß nach dem Protokoll derselbe nur 5 bis 6 Mal im Klub gewesen sei, und nur niedrig gespielt und fast ebenso viel gewonnen haben: jedenfalls habe er, Wolff, dem Zeugen keinen intimen Verkehr mit den drei Angeklagten gehabt. Wolff hatte den Erfolg, in bessere Kreise zu kommen, er spielte deshalb wohl auch mehr zu seinem Vorteil und nicht - wie früher - um Geld zu verdienen. - Der gewerksmäßige Glücksspiel hatte er, wie er dem Protokoll vollständig angegeben. - Hebrigens wäre Wolff der Zeuge gekommen, wenn er nicht hätte fürchten müssen, daß er im Gerichtssaal sofort festgenommen hätte. - Der Oberstaatsanwalt erwidert hierauf, das würde Wolff auch nicht sein. - Im weiteren Verlaufe des heutigen Prozesses kommt ein Brief zur Verlesung, welchen Wolff an den Rechtsanwalts Bronker geschrieben hat und worin er erklärt, daß er sich der Beschuldigung nicht gefühlt, er wolle seinen zerrütteten Gesundheitszustand eine längere Verhaftung nicht ertragen könne. - Der Präsident befragt den Zeugen, ob er den Brief von Wolff selbst oder durch einen anderen erhalten habe. - Zeuge: Das kann ich nicht sagen. Der Brief trägt vorläufigerhand nur das Datum 1898, nicht aber den Namen des Absenders; nach dem auf dem Couvert ist er in Charlottenburg aufgefunden, offenbar von Frau Wolff und zwar unter dem Namen v. Oberstaatsanwalts: Wo war er ganz in der Hand? Ich weiß es nicht. - Oberstaatsanwalt: Woher nicht, wo er ist? - Zeuge: Darüber etwas zu sagen mit mein Amtesgeheimnis. Der Zeuge erklärt, daß sich Wolff noch in den letzten Tagen wieder in der Wohnung seiner Frau an ihn gewandt und an ihm er nicht noch neben den drei Angeklagten Platz nehmen wollte. (Heiterkeit.) Das war seine Schwäche, das war seine Heiterkeit; er wollte auch gern eine kleine Summe mit sich nehmen, nur nicht eine solche von mehreren Tausend Heiterkeit; er ist also nicht aus dem Klub aus Gesundheitsrückgründen gegangen (Heiterkeit) und er wird gern kommen, wenn man ihn mit der Heiterkeit versichert. Ich kann also erklären, daß er sich nicht der gegenwärtigen Verhandlungen dem Gericht gegenüber wird (Bewegung). - Oberstaatsanwalt: Ich habe daran, daß es Herr Wolff seinerzeit in einem Briefe dem geschätzten Rechtsanwalt Bronker geschrieben hat, daß er auch Herrn Reuter monatlang in der Wohnung bewohnte lassen (große Heiterkeit). - Nachdem die Anwesenheit Schachtel und Graf Eulenburg über den Klub vernommen worden waren, trat die Verhandlung um 1/2 Uhr wieder eröffnet werden sollte, der Präsident mit, daß ihm inzwischen ein Schreiben des Oberstaatsanwaltes zugegangen sei, auf Grund dessen er sich die Verhandlung aus geschäftlichen Gründen für heute verschieben. Da am Montag die Sitzung ausfällt, so wird die Sitzung erst am Dienstag Vormittag stattfinden.

**Arbeiterbewegung.**

**Streit der Berliner Köpfer.** Der Geist unter den Köpfern ist ein solcher, wie er bei allen früheren Streiks vorhanden war. Dies erklärt sich durch die ungleiche Behandlung seitens der Unternehmer und Arbeiter in dem Verlaufe. Es haben sich die Köpfer in die Streiklisten eintragen lassen; die Streiklisten aber weit höher sein, weil ein Teil der Unternehmern. Von diesen 1000 Mann sind 800 zentral und 200 dezentral. Die materielle Unterstützung ist gesichert. Die Unternehmer haben zwar bereits unterschrieben, aber der Generalstreik aufrecht erhalten, da nach den Erfahrungen die Streikenden auf der Bewilligung der Forderungen der Meister bestehen müssen.

**Die Mosberger Maurer** wurden seitens der Unternehmer am Montag, den 2. Oktober d. J., ausgesperrt. Die Aussperrung endigte am Mittwoch, den 12. Oktober, mit vollständiger Anerkennung der Organisation der Maurer. Gleichzeitige wurde der Stundenlohn um 2 Pf. erhöht. Die getroffenen Vereinbarungen, worüber eine sechsgliedrige, je zur Hälfte aus Arbeitnehmern und Arbeitgebern, gewählte Kommission zu wachen hat, gelten bis zum 1. April 1901. Den Grund zu dieser Aussperrung, welche sämtliche am Orte beschäftigten Maurer betraf, suchten die Unternehmer in der Arbeitsüberlegung von 24 Maurern, welche am Kafenbau arbeiten, und am Freitag, den 29. September d. J. eine Lohnhöhung gemäß den jetzt getroffenen Vereinbarungen verlangten.

**Die dänischen Arbeitgeber** rüsten sich für den nächsten Kampf mit den Arbeitern. Wie dänische Blätter melden, soll der Vorsitzende des Bundes sich in der kürzlich abgehaltenen Generalversammlung u. a. dahin geäußert haben: Die Verbandsurkunde sei nur „ein Stück Papier“, das durchaus „keine bindende Kraft“ habe. Der Arbeiterstand sei der „Feind“ der Arbeitgeber, und die Arbeitgeber müssten ihre Stellung so befestigen, bei Zeiten Wälle und Gräben anlegen auf allen bedrohten Punkten, die Disziplin stärken, die Kadres verbessern und die Mobilisierung vorbereiten mit dem nächsten Kriege vor Augen. Auch ein Kriegsfonds müsse geschaffen werden.“ Man sieht, der Vorsitzende des Arbeitgebervereins spricht bereits ganz wie ein Kriegsminister, der den Krieg vorbereitet gegen den Landesfeind.

**Aus aller Welt.**

**Wie „Herrschaffen“ unter der Gesinde-Ordnung mit der Ehre eines Dienstmädchens umspringen,** lehrt folgender Fall in Berlin. Bei dem Schlächtermeister F. im Osten der Stadt war am 1. Oktober die 17-jährige Tochter eines Droschkenschwägers in Stellung getreten. Als das Mädchen vier Tage bei der Herrschaft im Dienst war, trug die Madame ihn auf, mit einem verlassenen Briefe nach dem Hausarzt zu gehen und sich darauf untersuchen zu lassen, ob es in anderen Umständen sei. Das Mädchen wies das Ansuchen mit Entschiedenheit zurück und ging, als die Schlächtermadame trotzdem auf ihrem Besuche bestand, in der Angst zu ihrem Vater. Dieser führte seine Tochter zu einer Hebamme und brachte das Mädchen dann mit dem Atteste zu der Herrschaft zurück, daß der Verdacht der Madame in keiner Weise zutraf. Die Schlächterfrau rief jetzt den Arzt ins Haus und nunmehr wurde das Mädchen gezwungen, sich bei der Herrschaft verlangten Prozedur zu unterziehen. Erst als auch der Arzt bestätigte, daß der erhobene Verdacht ungerechtfertigt sei, ließ die Herrschaft von weiteren Verdächtigungen ab.

**Einsturz eines Neubaus.** Sonnabend Nachmittag stürzte in München der Theil eines Gebäudes in der Gabelsbergerstraße ein. Einem Baumeister wurden beide Beine abgeschlagen, ein Arbeiter ist schwer, zwei sind leicht verletzt worden. An der Unglücksstätte wurden Abends die beiden verschütteten Tagelöhner als Leichen herausgeholt.

**Zusammengedrückt** ist zu Augsburg Freitag Mittag kurz vor 12 Uhr bei dem Fabrikneubau der „Mechanischen Weberei von Rahn und Arnold“ eine drei Stockwerke hohe, ganz in Eisen ausgeführte Wolkhalle. Drei Arbeiter wurden unter den Trümmern begraben; zwei sind tobt, der dritte ist schwer verletzt.

**Heftige Stürme** haben auf der Wolga großen Schaden angerichtet. Zwischen Rybinsk und Kineshma habarirten wanzig große Frachzeuge, etwa die gleiche Anzahl wurde zertrümmert und ist gesunken. Auch Menschen sind dabei verunglückt. Vom Oberlauf der Wolga wird Frost gemeldet. Aus Twer wird mitgeteilt, daß Schneestürme viel Schaden anrichteten. Auf den Landstraßen wurden viele Personen überrascht. Eine Anzahl derselben wird vermisst.

**Ein schreckliches Unwetter** wüthete in der spanischen Provinz Orense. Sieben Dörfer sind beinahe weggespült, die Enten zerstreut. Tausende von Menschen befinden sich in größtem Elend.

**Die Pest** greift in Oporto fortwährend zu sich. Am Donnerstag kamen sieben neue Fälle vor und vier Todesfälle. Es heißt, die Handelskammer habe beschlossen, die verheerenden Stadttheile ganz niederzubrennen, was eine Auslage von zwei Millionen Francs erfordern würde. Die Blätter melden einen Pestfall in Guimaraes.

**Ein Unwert des Kaisers Nero** wurde vor Kurzem an dem rechten Ufer der Mareta del Caplina in der Herzoginowa entdeckt. Es handelt sich nach einer uns zugegangenen diesbezüglichen Mitteilung des Patent- und technischen Bureau von Richard Ueberck in Götting um ein großes Römerlager, dessen Entdeckung die Archäologen in die Regierungszeit des Kaisers Nero, d. h. in das erste Jahrhundert unserer Zeitrechnung, verlegen. An dem ausgegrabenen Mauerwerk erkennt man die Spuren eines Brandes, durch welchen dieses interessante Bauwerk zerstört wurde, und verschiedene Merkmale lassen darauf schließen, daß dieser Brand im vierten Jahrhundert stattfand. Das Lager hatte eine Länge von ungefähr 100 und eine Breite von 80 Meter. Zum Theil ist das Mauerwerk noch gut erhalten. Die Außenmauern hatten 3 Thore, von denen das eine zwei Etagen hatte. Besonders gut erhalten haben sich einige Thürme, die an diesen angebrachte Ornamentik und in denselben befindliche Treppen. Bei den Ausgrabungen wurde ein besonders reicher Fund an Geräthen und Waffenscheiden gemacht. Von diesen sollen die besser erhaltenen Stücke auf der Pariser Ausstellung zur Schau gestellt werden.

**lokales und Provinziales.**

Breslau, den 16. Oktober 1899.

**Die Gewerbegerichtsbeisitzer (Arbeitnehmer)** haben Ende September die Embefugung des aus 12 Arbeitgebern und 12 Arbeitnehmern bestehenden Gewerbegerichtsausschusses beantragt, damit derselbe zu dem „Entwurf eines Gesetzes zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses“ Stellung nehme. Der Obmann der Arbeiter-Beisitzer, Tischler H. Proffig, hat darauf vom Vorsitzenden des Gewerbegerichts, Herrn Syndikus Götz, folgende Antwort erhalten:

„Ihr Wohlgeborn und Ihren Herren Auftraggebern erwidere ich auf das gefällige Schreiben vom 29. v. Mts. erachtet, daß ich zu meinem Bedauern dem Antrage, den Ausschuss des hiesigen Gewerbegerichts zur Stellungnahme gegenüber dem Entwurf eines Gesetzes zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses zu veranlassen keine weitere Folge geben kann, weil dieser Antrag keine gewerbliche Frage im Sinne des § 70 des Reichsgesetzes, betreffend die Gewerbegerichts vom 29. Juli 1890 betrifft und die gewünschte Beschlußfassung über den Rahmen der Aufgaben des Ausschusses hinausgehen würde.“

Wir können das Bedauern des Herrn Syndikus nicht verstehen; er hat es doch einzig und allein in der Hand, ob der Ausschuss einberufen wird oder nicht. Aber auch im Uebrigen teilen wir nicht die Ansichten des Vorsitzenden. Es handelt sich um einen Gesetzentwurf betreffend das gewerbliche Arbeitsverhältnis. Wenn nun die Beisitzer verlangen, daß der Ausschuss sich mit demselben befaßt und vielleicht einen Antrag an den Bundesrath und Reichstag formulirt, so kommt doch gewiß eine gewerbliche Frage in Betracht, deren Erörterung in den Rahmen der Aufgaben des Ausschusses hineingehört. Das ist auch der Standpunkt des Gewerbegerichtsausschusses in Berlin, der bereits am 17. Juni beschloß, eine Petition an den Bundesrath und Reichstag zu richten, in welcher um 15.

Lehnung der Zuchthausvorlage gebeten wird. Es ist sehr zu bedauern, daß der Vorsitzende des Breslauer Gewerbegerichts eine Aeußerung des Ausschusses über den „Entwurf eines Gesetzes zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses“ verhinderte.

**Der Stadtverordneten-Versammlung,** die Donnerstag, den 19. Oktober ihre nächste Sitzung abhält, sind nur sieben neue Vorlagen zugegangen; sie betreffen u. A.: Fortführung der Umgestaltungsarbeiten im Öppertthain, Ausfertigung von Plänen der städtischen Arbeiter-Schulhallen und der Landberg'schen Speiseanstalt auf der Pariser Weltausstellung, Verkauf von Straßenleucht und Hausgemüll, Verkauf der bei der diesjährigen Befestigung des Stadtgrabens und des Südparkreiches gewonnenen Fische an die Firma C. Guhndorf. Ferner steht die Wahl von zwei besoldeten Stadträthen auf der Tagesordnung.

**Reichstagsersatzwahl in Deuthen?** Wir verzeichnen heute das Gerücht, der Vertreter des Reichstags-Wahlkreises Deuthen-Tarnowitz, Rechtsanwalt Dr. Stephan, der vor einigen Tagen zum Generaldirektor eines großen industriellen Werkes in Oberschlesien gewählt wurde, habe sein Mandat zum Reichstage niedergelegt. Der Wahlkreis gehört zu jenen ober-schlesischen Kreisen, die im vorigen Jahre eine so gewaltige Zunahme der sozialdemokratischen Stimmzahl aufwiesen. Während 1893 nur 258 Stimmen für uns abgegeben wurden, erreichten wir 1898 7955 sozialdemokratische Stimmen, denen allerdings noch 24.054 Zentrumswähler und 934 freisinnige Volksparteiler gegenüberstanden.

**Städtische Steuern.** Von den beim königlichen Hauptsteueramt Breslau II im zweiten Viertel des Rechnungsjahres 1899 erhobenen städtischen Steuern verbleiben nach Abzug von 11,5 pSt. Verwaltungskosten folgende Summen: Schlachtsteuer 380,922.50 Mark, Biersteuer 16,166.85 Mark, Wildpretsteuer 11,010.16 Mark, Geflügelsteuer 28,244.73 Mark, Branntweinsteuerzuschlag 58,743.44 Mark, zusammen 495,087.68 Mark.

**In der Schuhfabrik von Meßner und Wrißig** in Ohlau sind Differenzen ausgebrochen. Doch finden heute Montag Verhandlungen zwischen den Arbeitern (37 an der Zahl) und der Fabrikleitung statt, die hoffentlich zu einer Einigung in den Streitpunkten führen.

**Die Einwohnerzahl Breslau's** betrug nach den Monatsberichten des Statistischen Amtes am 1. September ca. 410,297 Seelen.

**Das Thalia-Theater** war zur gestrigen Volksvorstellung, wie erwartet, bis auf den letzten Platz besetzt. Mit steigendem Interesse verfolgten die fast durchgängig dem Arbeiterstande angehörenden Besucher das tragische Geschehnis des Fuhrmanns Henrichel. Das Werk ist kein Lebensstück, es giebt in künstlerischer Bearbeitung ein wehmüthiges Familien-drama wieder. Wir kommen auf die Darstellung morgen ausführlicher zurück. Nur eins wollen wir heute einzelnen Besuchern ans Herz legen: mit den Heiterkeitsausbrüchen an unpassender Stelle etwas einzuhalten. Es herrschte gestern äußerst peinlich, wenn tragische Szenen in einzelnen Reihen der Zuschauer mit lautem Lachen begleitet wurden. Hoffentlich hört das mit der Zeit gänzlich auf. Die nächste Volksvorstellung wird am Sonntag, den 19. November stattfinden, über das Stück wird Näheres rechtzeitig bekannt gemacht.

**Der elektrische Omnibus** wurde am Sonnabend dem Polizeivorstand seitens des Herrn Goldsticker vorgeführt. Es fand darauf eine Probefahrt durch die Stadt und die Vororte statt, an der der Vertreter des Polizeivorstandes, Herr Regierungsrath Deumer, theilnahm. Der Omnibus hat zwei Sitzreihen und bietet Platz für 18 Personen.

**Gesperrt werden:** Wegen Pfisterung der städtischen Straßenzug der Hohenzollernstraße zwischen Hörschplatz und Gäßstraße auf 14 Tage, wegen Kanalisation des Theiles der Hedwigstraße zwischen Stern- und Michaelisstraße der Kreuzungspunkt der Sternstraße auf 10 Tage und wegen Verlegung neuer Bordsteine die Messergasse zwischen Schmiedebrücke und Neumarkt auf 3 Wochen halbjährig.

**Ein großer Unfug** besteht darin, daß in Grundstücken von einer der dort wohnenden Parteien Wasser auf die Kinder anderer Parteien gegossen wird, wenn sich diese Kinder nach ihrer Art etwas zu laut im Hofraum bewegen. Dieser Unfug hat sich beispielsweise in einem Hause auf der Friedrichstraße so oft wiederholt, daß die Eltern der betreffenden Kinder schon in Aufregung gerathen sind, da aus einer Wohnung daselbst aller Augenblicke Wasser auf die Kleinen im Hofraum gegossen wird, so daß die Jungen durchnäßt werden und die Kinder vollständig ungeliebt werden müssen. Ein 5 Jahre altes, sonst gesundes Kind ist in diesem Hause vor einigen Tagen nach einem plötzlichen Krampfanfall, der durch einen Schreck veranlaßt worden ist, verstorben.

**Heberfahren.** Freitag Nachmittag wurde ein Arbeiter auf der Sonnenstraße durch eine Droschke zu Boden gerissen und überfahren. Der Verunglückte wurde in das Allerheiligens-hospital gebracht; er hatte eine Quetschung des Brustkorbes davongetragen.

**Auf der Friedrich-Wilhelmstraße** werden in der Nähe des Zriegaerlages gegenwärtig Gasrohre gelegt, weshalb der Boden zwei Meter tief ausgehoben ist. Am 11. d. Mts. Abends, kam ein Bäckermeister mit einem einwärtigen Wagen über den Zriegaerlages nach der Friedrich-Wilhelmstraße gefahren, wobei das Pferd in ein Schachtloch stürzte und den Wagen zum Theil mitriss, zu Folge dessen die Deichsel zerbrochen und das Schirzzeug zertrümmert wurde. Das Pferd, welches keinen Schaden erlitten zu haben schien, wurde durch Mannschaften der Feuerwehr aus dem Schachtloch gehoben.

**Unfälle.** Ein Schüler aus Klein-Mogdern schlug sich beim Abendhaken den linken Daumen ab. - Einem Arbeiter aus Groß-Tschanz wurden durch eine Raschke 2 Finger der linken Hand zertrümmert. - Ein Anecht aus Raschdorf erlitt bei einem Sturz einen Schädelbruch. - Ein Arbeiter aus Niederhof fiel von einem Wagen und zog sich Rippenbrüche zu.

**Vermisst.** Der 10 Jahre alte Schulknabe Hermann Schöpe (Barnischstraße 12) wird seit dem 12. d. Mts. vermisst. Er ist mit dunklem Anzug, blauer Mütze und Schuhen besetzt.

**Aus dem Polizeibericht.** In das Polizeigefängnis wurden am 13. d. Mts. 30 Personen eingeliefert. - Gelesen wurden: eine goldene Damenuhr mit silberner Kette, ein kleines Lederskreuz, ein goldenes Kettenarmband, eine goldene Perlenkette, ein Taschenmesser, zwei Spazierstöcke, eine Radfahrer-lampe, drei Trankflaschenbänder und ein Portemonnaie, enthaltend deutscher Rauring. - Abhandelt kamen: ein goldenes Pinneten mit einem Futeral, ein Portemonnaie mit 20 Mark und ein Sello, enthaltend sieben eiserne Kugeln.



Sozialdemokratischer Parteitag.

Hannover, 13. Oktober 1899 (Nachmittags-Sitzung.)

Hamburg eröffnet die Sitzung. Zur Erörterung über Punkt 3 des Programms (Militarismus).

Es liegen dazu folgende Resolutionen vor: Der Parteigenosse E. Wergner-Jena beantragt: In Erwägung, daß das Parteiprogramm zwar kein Dogma, aber an dessen Stelle oder einzelnen Punkten desselben bis heute und auch in absehbarer Zeit nichts Besseres gestellt werden kann; in weiterer Erwägung, daß gegen einen der wesentlichsten Punkte des Programms, und zwar Punkt 3 desselben, Abschaffung der stehenden Heere, Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit, sich der Abg. Schippel schwer vergangen, wolle der Parteitag beschließen, obgenannten Reichstags-Abgeordneten Max Schippel als nicht mehr zur sozialdemokratischen Arbeiterpartei gehörend zu betrachten und denselben aus der Partei auszuschließen.

Die Parteigenossen in Magdeburg beantragen: In striktem Gegensatz zu Schippel's Ausführungen in den Sozialistischen Monatsheften und der Neuen Zeit ist auf das Entschiedenste für Aufrechterhaltung und Propagierung des dritten Abzweigs unserer Gegenwartsforderungen einzutreten: Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit, Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volkspartei. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf friedensgerichtlichen Wege. Die stehenden Heere bergen, je länger, je mehr in allen Staaten die größten Gefahren für die Völker, ihre Geschicke und die Demokratisierung ihrer politischen Zustände. Die Demokratie kann nimmermehr unter dem Militarismus gedeihen oder geschaffen werden, wofür Frankreich seit Jahr und Tag einen schmerzlichen Beleg liefert, sondern sie ist nur noch möglich und erstrebbar unter dem jeden Staatsstrich ausschließlichen Militärsystem. Es ist daher unverständlich, wie ein Sozialdemokrat, noch dazu ein Parteimitglied der Partei, der seit Jahren Vertreter eines Reichstags-Wahlkreises ist, über das zu erklärende Militärsystem schweigen und zur Einrichtung der stehenden Heere sich sympathisch stellen kann.

Außerdem liegt die folgende Resolution vom Referenten Abg. Geher-Leipzig vor:

Der Parteitag erklärt: Das stehende Heerwesen ist nach seiner ganzen Entwicklung und Organisation das vornehmste Machtmittel zur Aufrechterhaltung und Befestigung der Klassenherrschaft; eine Hauptstütze für alle reaktionäre und arbeitserfindliche Bestrebungen; eine Einrichtung, die nur durch die schweren, stets wachsenden und ungerecht verteilten Opfer an Gut und Blut möglich ist, welche die herrschende Gesellschaft besonders den arbeitenden Klassen auferlegt.

Das Bestreben der Partei muß deshalb darauf gerichtet sein, das Heerwesen von Grund aus umzugestalten, so daß die Wehrkraft der Nation aus einem Mittel der Unterdrückung nach Innen und steter Beunruhigung nach Außen, zu einem Mittel der Sicherung der Volkswirtschaft und Freiheit und der Verteidigung gegen fremde Angriffe wird.

Zu diesem Zweck verlangt die Partei eine auf demokratischer Grundlage aufgebaute Organisation der Landes- und Volksverteidigung, die Kampfbereitschaft und Gegensätze zwischen Volk und Herr umwälzt, jeden wehrfähigen Mann zum Waffendienst verpflichtet und seine Ausbildung zum brauchbaren Wehrmann durch eine entsprechende Jugend- und Heereserziehung herbeiführt.

Von diesen Gesichtspunkten ausgehend, betrachtet es der Parteitag als selbstverständlich, den Punkt 3 des Parteiprogramms unberührt aufrecht zu erhalten und fordert von den parlamentarischen Vertretern der Partei, auch künftig keinerlei Mittel für das bestehende Militärsystem zu bewilligen und jede Gelegenheit zur Propagierung der in Punkt 3 des Parteiprogramms aufgestellten Forderungen zu benutzen.

Der Referent Abg. Geher-Leipzig führt aus: Es mag Parteigenossen geben, die die Erörterung für überflüssig halten, aber es sind doch auf dem Parteitag in Hamburg und später in den Redaktionen der Partei laut geworden, die der Partei schädlich sind und die eine Besprechung notwendig machen. In der Feindschaft gegen den Militarismus im Allgemeinen ist man ja in der Partei einig. Die sollte es auch anders sein. Das Überwuchern des Militarismus wird von jedem Sozialisten als lästig empfunden. Die Abneigung dagegen geht weit hinein in bürgerliche Kreise. Wir sehen in dem Zweigen des öffentlichen Lebens das Überwuchern des Militarismus in der Verwaltung, im Verlehrs der Beamten mit den Bürgern, ja in der Industrie im Verlehrs der Vorgesetzten mit den Arbeitern. Wir halten zweierlei Justiz, die Zivil- und Militärjustiz. Es ist gar kein Wunder, daß die Militärjustiz ihren Einfluß auf die Ziviljustiz üben muß. Dieses zweierlei Recht läßt das Volk kein Vertrauen zur Rechtspflege haben. Das Überwuchern des Militarismus, die fortgesetzte Verhärtung der Armee verursacht die finanziellen Nöthe. Drei Fünftel des Budgets machen die Militärausgaben aus. Die herrschenden Klassen bewilligen ja gern das Militär. Sie haben die beste Stütze für ihre Herrschaft in der Armee. Die ganze Partei, die prinzipielle Opposition macht, ist die Sozialdemokratie. Die Regierung sieht sich ebenfalls auf die Armee. Ihre vornehmste Sorge ist es, das stehende Heer zu erhalten. Die Sozialdemokratie hat bisher alle Militärforderungen abgelehnt. Es sind nur Auswüchse gefallen, die den Anschein erwecken können, als sei man in der Partei geneigt, in dieser Frage eine andere Taktik zu verfolgen. Da ist zunächst die Äußerung des Genossen Schippel über die Artillerieforderungen in der Reichstags-Kommission. Schippel sagte: Wir bewilligen die Soldaten nicht, sie sind aber einmal da und eine Mehrheit für Militär und Abschaffung der stehenden Heere ist nicht zu erwarten. Schippel äußerte sich dann weiter: Die Heere sind noch nicht abgeschafft, da können wir doch unsere Soldaten nicht mit schlechten Kanonen ausrüsten. Diese Äußerungen erfordern sofort bei einem Theil der Genossen Widerspruch. Aber Riechnecht und Auer verteidigten den Genossen Schippel. Neben diesen Äußerungen laufen andere Äußerungen her. Auer hat in einer Versammlung in Hannover im Februar 1898 davon gesprochen, daß zur Zeit jeder Mann und jeder Frau für Militär verpflichtet sei, werde aber einmal die Arbeiterklasse als gleichberechtigt anerkannt, dann werde man vielleicht auch über Flottenfragen mit sich reden lassen.

Auf demselben Brett stehen die belannten Äußerungen Heine's, die auch daraus hervorgehen, daß er jetzt prinzipiell Alles ablehnt, aber für die Zukunft die Möglichkeit einer Aenderung zugab. In der Partei fragte man sich, ob solche Äußerungen wirklich notwendig waren. Ich frage auch, sind solche Äußerungen überhaupt geboten (Bebel: Sehr richtig) in einer Zeit, wo die Einigkeit der Partei das vornehmste Ziel sein muß. Solche Äußerungen fordern zur Kritik heraus und führen unangenehme Auseinandersetzungen herbei. Es steht mir zu viel Zukunftsmusik darin. Ich meine, die Parteien werden nur dadurch verwirrt. Man muß auch unsere parlamentarische Konstellation berücksichtigen. Sind doch oft bürgerliche Parteien gegen Armeeforderungen, haben sie es doch schon zur Gewohnheit gemacht lassen. Die Sorgen der größeren Parteien können wir getrost der Zukunft anheimstellen. In der Gegenwart ist es überflüssig, solche Fragen anzuhängen. Wer sie anhängelt, darf sich nicht wundern, wenn man ihm sagt, er scheine die Partei in andere Bahnen lenken zu wollen.

In unserem Programm Punkt 3 fordern wir Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit, Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Wir halten diese Forderung in der heutigen Gesellschaft für erstrebbar. Wir müssen auch wissen, daß die herrschenden Klassen das stehende Heer nicht ohne Kampf aufgeben werden. Sie legen in dem stehenden Heer die Waffen gegen den inneren Feind des Sozialismus.

Ein Volkswehr ist ganz anders geartet, der Drill, das Paradewesen fehlt, ihm kann man nicht zumuthen, auf das Volk zu schießen. Ein Volkswehr darf nicht zur Bebrütung der Steuerzahler werden, es verlangt eine andere Jugend- und Heereserziehung. Unsere Forderung des Volkswerees ist nun auch von Schippel angegriffen worden in dem belannten Negativ-Artikel der „Sozialistischen Monatshefte“ mit der Ueberschrift: „Ist Friedrich Engels militärgläubig?“ Der Artikel hat eine Diskussion zwischen Schippel und Kautsky gezeitigt. Kautsky hat meiner Ansicht nach überzeugend nachgewiesen, das Engels niemals das Volkswehr aus dem Auge gelassen hat. Gerade das Gegenteil von dem, was Schippel herausgelesen hat, hat Engels gesagt. Besonders deutlich hat sich Engels in der Vorrede zu seiner Broschüre: „Kann Europa abrüsten?“ gegen die stehenden Heere und für die Volkswehr ausgesprochen. Deshalb hat nun Schippel Kritik am Militärsystem geübt? Deshalb will er den Punkt 3 des Parteiprogramms verändern? Er hat das nie verlangt. Deshalb also, ich weiß keine Antwort darauf. Schippel's Kritik hat großes Mißfallen erregt und mit Recht. So darf in der Partei nicht weiter diskutiert werden. Schippel hat in dem Artikel einen sehr hochfahrenden Ton angeschlagen. Die ganze Partei ist beleidigt in der Einleitung zu diesem Artikel und ehe ich einen solchen Ton anschlage gegen meine eigenen Parteigenossen, eher würde ich mich fragen, ob ich bei solchen Gedanken über die Partei ihr noch angehöre. (Bebel: Sehr richtig.) Eine Partei, der ich angehöre, die halte ich hoch, mit Angriffen gegen die Parteilehre treibe ich auch meiner Ehre zu nahe. (Bebel: Sehr richtig.) Ich habe das Gefühl, daß gewisse Leute die Partei auf andere Bahnen schieben wollen. Deshalb habe ich meine Ausführungen für notwendig gehalten. Ich schließe mit dem Wunsche, daß die Diskussion nicht persönlich geführt werden möge, und der Bitte, meine Resolution anzunehmen. (Beifall.)

Nächst Magdeburg begründet die Resolution Magdeburg. Da es sich um grundsätzliche Ansichten Schippel's zu handeln scheint, bitte er um möglichst einstimmige Annahme des Antrages.

Stume schlägt vor, Schippel unbeschränkte Redezeit zu gewähren.

Zubeil beantragt, die Redezeit auf 30 Minuten zu beschränken.

Auf Besürworten Heine's bekommt Schippel unbeschränkte Redezeit.

Schippel: Ich muß um Verzeihung bitten, daß ich es noch wage, als Parteigenosse vor Sie zu treten. Geher hat nicht meinen Ausschluß beantragt, aber er hat einen Ton, etwa wie in der Bernsteinsfrage Genossen Kettin, angeschlagen. Diese war auch so gnädig, uns nicht auszuschließen, aber sie war so gnädig, uns die seidene Schnur zu schenken, es unserem Taftgefühl zu überlassen, ob wir noch in der Partei bleiben wollen.

Genossen, wenn ich innerlich mit der Partei fertig wäre, nicht fünf Minuten länger bliebe ich darin. Aber ich will von der seitdemem Schaur keinen Gebrauch machen. Genosse Geher hat den Ton bemängelt. Ich gebe zu, ich würde ihn heute nicht mehr anschlagen, aber ich bin ja sofort auch arg beschimpft worden, so von Kautsky mit dem ganzen Zartgefühl, das er auch im Falle Bernstein bewiesen hat. Also der Ton ist, meine ich, kompromittiert. Ich habe einen Parteischriftsteller angegriffen, den, aber nicht die Partei beleidigt. (Bebel bittet um's Wort.) Ich bin in Volkssammlungen hart angegriffen worden. Bebel hat gesagt, ich hätte in gegnerischen Blättern die Artikel aus Feigheit unter Pseudonymen veröffentlicht. Das Blatt sind die „Sozialistischen Monatshefte“, das von Genossen redigiert wird. Unter dem Pseudonym Flegelmann habe ich auch andere Artikel veröffentlicht. Sehr viele Genossen wußten, daß ich der Verfasser war, in der Fraktion wußte man es ganz allgemein. Was ich mehr als die Angriffe in der Volkssammlung bedauere, sind die Angriffe Kautsky's gewesen. Bei diesen hielt die Gehässigkeit mit der Unwissenheit gleichen Schritt. Ich wurde der Feind der Demokratie genannt, der Fuchs im Wolfskleid (Bebel: Sehr richtig!), der Fiel in der Schwanzhaut genannt. (Heiterkeit.) Doch mehr hat mich geärgert, daß sich Kautsky nicht genüßigt gefunden hat, sich irgendwie über diese einschlägigen Fragen zu unterrichten. Nebenher legt man die Unterschiede zwischen Militär und stehendem Heere dar. Der Unterschied ist feils Kadres beim stehenden Heere, keine feste Organisation bei der Militär. In der Schweiz sind nur feste Organisationen in den Festungen vorhanden. Diese aber werden auch Anlässe zum stehenden Heer genannt. Davon weiß aber Kautsky nichts und ich brauche es mir nicht gefallen zu lassen, von ihm als Feind der Demokratie demüthigt zu werden. In meinem Artikel „War Engels militärgläubig?“ habe ich nur Engels Stellung zum Militärsystem für die Gegenwart untersucht. Für die Gegenwart hat sich aber Engels für die stehenden Heere ausgesprochen. Wollen wir die Militär, dann müssen wir auch die Bevölkerung anders gruppieren, dann können wir den Osten nicht leer lassen. Da brauchen wir Massen von Soldaten gerade in Orien.

Die Frage ist die: Glauben wir an seine Völkergesetze, wozu dann Militär? Wozu das Geld hinauswerfen? Glauben wir aber an Gegensätze, dann können wir heute nicht mit einer Militär auskommen. Man sagt immer, wir werden höchstens einen Verteidigungskrieg, nie einen Angriffskrieg führen. Das glaube ich nicht so ohne Weiteres. (Unruhe.) Politisch vielleicht ja. Aber ist der Krieg da, dann müssen wir ihn sofort zum Angriffskrieg machen und ihn über die Grenzen spielen. Das ist unumkehrliches Gebot, im Interesse unserer Arbeiter, die nicht doppelt Blut vergießen sollen. (Unruhe.) Doch diese Fragen will ich nicht weiterpinnen, wir lenken ja nicht in die auswärtige Politik, haben keinen Einfluß darauf. Wichtiger ist für mich die Frage: Würde man denn beim Militärsystem für Kulturaufgaben wirklich viel ersparen können? Redner legt dar, daß die Militär praeter propter nicht billiger sein würde, als unser jetziges stehendes Heer. Das Schlagwort von der Billigkeit der Militär hat denn auch an Geltung schon viel bei uns verloren. Wenn Geher fragt, warum werden solche Fragen angeschnitten, so antworte ich: Thatsachen muß man eben sehen und nicht umgehen. Die militärische Jugend- und Heereserziehung ist ohne sehr große Schwierigkeiten. In der Schweiz besteht das bewaffnete Stimmrecht vom 20. Jahre ab. Wenn wir es einführen, müssen wir auch den Weibern das bewaffnete Stimmrecht lassen. Und wie steht es mit den Frauen? (Heiterkeit.) Die sollen doch auch das Wahlrecht bekommen? Sollen wir also die Frauen auch bewaffnen? (Lachen.) Wachen Sie doch nicht. In der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ - Leitartikel vom 23. Februar 1898 - ist es verlangt worden. (Redner verliest die Stelle. (Große Heiterkeit.) (Vedebour ruft: Da habe ich noch nicht die Redaktion.) Dann war gewiß Genosse Parous oder Frau Dr. Luxemburg, der Autor. (Große Heiterkeit.) Im Uebrigen habe ich auf die Demokratisierung der stehenden Heere durch die Forderung verführer Dienstzeit und Erhöhung der Präsenzstärke hingewiesen. Wir wollen Einfluß auf das Heer bekommen. Es soll kein Krieg geführt werden können, ohne daß die Arbeiter es wollen. Die Anwendung des Heeres auf den inneren Feind ist nicht tragisch zu nehmen, denn die Demokratisierung der Armee hindert diese Anwendung. So steht es im bairischen Grundbuch. Keinerliche Ausführungen hat erst jüngst Bebel im „Mouvement socialiste“ gemacht, indem er auf dem Zeitpunkt hinwies, wo das stehende Heer ungeeignet wird, ein Stützpunkt der Klassenherrschaft zu sein. Habe ich denn allein auf die Vertüfung der Dienstzeit hingewiesen? Ja nicht erst auf dem letzten Parteitag ein Antrag angenommen worden, der die Fraktion zum Entzücken für die einjährige Dienstzeit anforderte? Haben Kautsky und Dittlein nicht in der Programmabänderung 1890/91 in der „Neuen Zeit“ auch die verkürzte Dienstzeit verlangt?

Ich habe Ihnen darzulegen versucht, daß es sich hier um eine ernste Toleranz zu üben, Freiheit der Kritik in der Partei zu gestatten. Ueben Sie kein Regergrecht. (Breitester Beifall.)

St. Luxemburg: Ich fürchte, die Kriegsminister werden die Rede Schippel's drucken und verbreiten lassen zur Begründung

einer Militärvorlage. (Heiterkeit.) Seine Rede war der beutlichste Ausfluß jenes Opportunismus, den ich auch sonst in der Partei bekämpfe. Schippel hat hier nachzuweisen versucht, daß die Militär nicht billiger ist. Er-Edem können wir mit beiden Händen nach der Militär greifen, denn bei der Militär geben wir wenigstens unsere Groschen für unsere Verteidigung, nicht wie beim stehenden Heere für unsere Unterdrückung aus. Schippel vertritt nicht allein die opportunistische Richtung. Auer, Heine und auch Vollmar geben mit ihm. Jetzt stimmen ja diese Genossen noch gegen die Militärvorlage, aber wenn die Entwidlung so weiter geht, müssen sie dazu kommen, eine Militärvorlage anzunehmen. Auer hat gestern gefragt: „Wo ist Opportunismus in der Partei?“ Ich verweise auf Schippel's Stellung zum Militarismus. (Breitester Beifall.)

Vandert-Appolba: Mir ist es gleichgültig, wie sich die militärischen Einrichtungen einmal gestalten werden, mir kommt es darauf an, daß das System nicht volkshässig, sondern volkshundlich ist. Die technische Frage zu diskutieren, dazu fehlt mir das Verständniß.

Dr. Schoenlant-Leipzig: Es handelt sich um die Frage, ob das Königthum den Willen haben soll oder das Volk. Ohne Militarismus kein Absolutismus. Den Absolutismus brauchen wir nicht zum Schutze der vaterländischen Interessen. Nur starke Armeegläubige können glauben, daß das deutsche Volk nicht auch ohne stehendes Heer seine Interessen verteidigen kann. Bei Schippel kommt die Kostenfrage mehr in Frage als das System. Wir müssen eine absojute ablehnende Stellung einnehmen, weil das Heer nur ein Werkzeug in der Hand des persönlichen Regiments gegen die Entwicklung der Arbeiterschaft ist. Die Rede Schippel's wird wie die früheren Äußerungen von ihm gegen uns in der Wahlplattation benutzt werden. Wir können nicht warten, bis der Militarismus in die Volkswehr hineinwächst. Solche theoretische Spielereien, wie sie Schippel getrieben hat, müssen künftig unterbleiben. Der Zeitpunkt für diese Spielerei war taktisch sehr schlecht gewählt. Sie ist ein Gemüthssturz für den fegefechten Vorkampf des Proletariats. (Beifall.)

Auer: Nachgerade scheine ich zum schwarzen Mann in der Partei zu werden. Auch in diese Sache bin ich hineingezogen worden. Ich rechne mich ja noch zur Partei, aber eine große Anzahl Genossen scheint das schon sehr ernstlich zu bezweifeln. Von meiner letzten Schlichtigkeit wußte ich bis heute nichts. Ich muß es mit dem oberbayerischen Bauer halten, der das „L. S.“ unter einer amtlichen Bekanntmachung mit „Das Schwagen“ deutete. (Heiterkeit.) Geher erwähnte eine Rede von mir, die ich in Hannover gehalten habe. Was ich dort gesagt habe, halte ich aufrecht. Ich habe dort nur gesagt, es können Aenderungen eintreten, die wir nicht voraussehen können. Dem jetzigen Regiment verweigern wir an sich notwendige Dinge, wie Posten und Eisenbahnen. Wendet sich das Regiment, werden wir es auch ändern. Die Genossen, bis mich damals gehört haben, haben mich mit Beifall überschüttet. Sie hätten es gewiß nicht gethan, wenn ich so dummt daher geredet hätte, wie Geher schließt, daß ich geredet habe. Es muß irgendwas um die Gründe des Genossen Geher stehen - das ganze Referat bewies die Schwäche -, wenn er solche Dinge hier vorbringen zu müssen glaubte. Auf meine Hamburger Rede rede will ich nicht eingehen. Ich muß mich nun wieder gegen die „Gleichheit“ wenden. In Hamburg hat nach der Rede Schippel's Liebschütz sofort konstatiert, daß Schippel nicht für Kanonenbewilligung eingetreten sei. Ich habe das auch gesagt. Trotzdem steht in der „Gleichheit“: In Hamburg haben Schippel und Auer Kanonen bewilligt. Was sollen diese Verdächtigungen? Genossin Luxemburg hat wieder von zwei Richtungen in der Partei gesprochen. Wenn für die alte Richtung solche Verdächtigungen charakteristisch sind, dann bekenne ich mit Stolz, daß ich mich zur neuen Richtung zähle. (Beifall.)

Die weitere Debatte wird hierauf bis Sonnabend früh verlagert.

Hannover, den 14. Oktober 1899.

(Vormittags-Sitzung.)

Singer eröffnet die Sitzung. Die Erörterung über Punkt 3 des Programms wird fortgesetzt.

Zubeil-Berlin bestritt, daß er erfahren habe, wer Flegelmann sei, auch in der Fraktion habe man es nicht gewußt. Nur wenige hätten erfahren, daß der gemauerte Lammfromme Schippel zu einem so flegelmannischen Wolf geworden ist. Es ist in der Partei unerhörte, daß ein Genosse, der Vertrauensstellungen einnimmt, der Partei mit einem Pseudonym in den Rücken fällt. (Bebel: Sehr richtig!) Heine hat seine Ansichten wenigstens offen ausgesprochen. Bei unserer Stellung zum Militarismus kommt es nicht auf den Kostenpunkt, sondern auf's System an. Wir müssen gegen das Volkswehr mit Kadavergehörsam ankämpfen. Das Schippel gestern gesagt hat, sagt der Herr: Raumann auch. Und Schippel war früher der Radikale. Wenn der sich so weit getraut hat, wird er sich noch weiter mausern zur Freude des Pfaffen Raumann. (Beifall.)

Heine: Ich bin nicht Sachverständiger in Militärfragen, ich weiß nicht, wo die Militär anfängt und das stehende Heer aufhört. Zu meinem Erstaunen bin ich auch wieder auf das Sündenbündniß gekommen. Meine Sache ist doch schon in Stuttgart abgeurtheilt worden nach allen Regeln der Kunst. (Heiterkeit.) In Stuttgart sind Frau Zeitlin und Frau Luxemburg als Nachgedulten erschienen und haben das Schwert der Justiz geschwungen, wie Frau Zeitlin in der „Gleichheit“ geschrieben hat, mit vollem Erfolge. Trotzdem nun in Stuttgart meine Angelegenheit genau festgestellt worden ist, ist die Legendenschildung weitergegangen. Ich bin noch immer der Kanonenheine. (Heiterkeit.) Auer, Schippel, Heine, Schippel, Auer, Heine, Heine, Auer, Schippel. So geht der Reigen weiter, das erinnert mich immer an das Lied: „Wenn der Wapp mit der Wurf über den Riesen springt.“ (Heiterkeit.) Ich befinde mich aber in guter Gesellschaft und bedauere die Zusammenstellung nicht. Ich freue mich, daß ich noch einmal Gelegenheit habe, den angeblichen Kanonenaustrausch richtig zu stellen. Ich wiederhole, daß ich gesagt habe, der jetzigen Regierung wird nichts bewilligt. Ich habe ausdrücklich hinzugesetzt, daß ich nicht glaube, daß wir und die nächste Generation es jemals erleben werden. Ich gebe zu, daß die Erörterung damals sehr unendlich war, aber ich bin zu der Erklärung propoziert worden und konnte nicht ausweichen. Entstanden ist die Propalation auf Grund vertraulicher Mittheilungen, die dem Jagrimm darüber entsprungen waren, wie man den verdienten Genossen Auer wegen einer ganz harmlosen Äußerung auf dem Hamburger Parteitag verheißt hat. Ich hoffe, der Parteitag wird endlich einmal ein Nachwort gegen die Verheißung in der Partei sprechen. (Beifall und Zischen.)

Vedebour: Es ist bebaulich, daß Heine wieder das persönliche Gebiet betreten hat. Ich habe hervor, daß auch ich für den Genossen Heine eingetreten bin (Unruhe), aus Solidaritätsgefühl. Die Frage an Heine, wie er über den Militarismus denke, war durchaus berechtigt. Die Wähler müssen das von ihren Abgeordneten wissen. (Unruhe und Schlußrufe.) Ich überlasse es der Versammlung, ob Sie mit der niedrigen Diskussion, die Heine's einzuwerfen sind. (Ernute Schlußrufe.) So niedrige Wege von dem Wapp und dem Riesen hat noch Niemand gewagt. Nun zu Schippel: Er hat den Artikel der „Säch. Arbeiterzeitg.“ falsch vertheidigt. Von einer Verwendung der Frauen für die Landesverteidigung ist in dem Artikel nicht die Rede. Schippel's Rede erinnerte mich lebhaft an die Hinderbogen aus der Sapiennastzeit. Es fehlte nur noch der Kopf, der dem Bauern die letzte Kack aus dem Stall halt, und der Jaube, der Kinder ausspielt. Daß auch Militärgruppen einen Angriffskrieg führen können, beweisen jetzt die Buren. Wie sie sich schlagen, werden wir bald erfahren. Daß Schippel sich vom Boden des Programms entfernt hat, hat auch Richard Fischer anerkannt, denn er sagte: Was Schippel gesagt hat, sind neue Ideen, an die sich die Partei noch nicht gewöhnen mußten.

